



Foto: JRC

„Intelligent spezialisieren“

INNERHALB DER EU MÜSSEN REGIONALE WETTBEWERBSNISCHEN GEFÖRDERT WERDEN, SAGT KATERINA CIAMPI STANCOVA

Im Joint Research Center (JRC) der EU-Kommission ist Dr. Katerina Ciampi Stancova für die „Smart Specialisation Platforms“ zuständig. Über diese Plattformen soll regionale Wertschöpfung und interregionale Zusammenarbeit gefördert werden. Das betrifft auch wissenschaftliche Projekte.

Worum geht es bei der „Intelligenten Spezialisierung“?

Damit ist gemeint, dass Europa seine Regionen stärkt und bei der Wertschöpfung unterstützt. Das bedeutet, Innovation, Digitalisierung und schadstoffarme Wirtschaftstätigkeiten zu fördern und zur Aus- und Fortbildung der Menschen beizutragen. Die Kommission bringt „Wettbewerbsnischen“ voran, indem sie in diese intelligente Spezialisierung investiert und die Regionen in Europa zur Zusammenarbeit ermutigt – letztlich um Europa über neue Wertschöpfungsketten wettbewerbsfähiger, nachhaltiger und widerstandsfähiger zu machen.

Was haben Sie bisher erreicht?

Auf der Basis einer Analyse in ganz Europa wurden seit 2015 drei thematische Plattformen auf den Weg gebracht: Energie, Lebensmittel und industrielle Modernisierung. Daraus haben sich 32 Partnerschaften mit 179 nationalen und regionalen Institutionen aus 28 EU- und Nicht-EU-Staaten

entwickelt. In den Projekten geht es um Hochtechnologie-Landwirtschaft, Big Data, Intelligente Sensoren und Umwelttechnik, Bioökonomie, 3-D-Druck und vieles mehr.

Welche Rolle spielen solche Kooperationen in Corona-Zeiten?

Die überregionale und internationale Kooperation ist jetzt wichtiger denn je, etwa um neue Medikamente und Impfstoffe zu entwickeln, aber auch, um die Ziele des European Green Deal oder die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Das funktioniert nur, wenn neben Ad-hoc-Projekten auch langfristige Partnerschaften aufgebaut werden.

Was steht jetzt an?

Die neuen Projekte sollen verstetigt werden, indem sie über unterschiedliche Einrichtungen gefördert werden, zum Beispiel über Horizon Europe und den „Regional Development Fund“, ein neues überregionales Innovationsinstrument. Für die nächste EU-Förderphase wurde vorgeschlagen, die Antragsverfahren zu vereinfachen, um so mehr Flexibilität und Synergieeffekte bei der Förderung von Forschung und Innovation zu erreichen. Auf der anderen Seite müssen die Projekte bei ihren Planungen mehr als bisher Umwelt- und Klimafaktoren berücksichtigen.

INTERVIEW: ANGELA LINDNER

EUGH VERURTEILT UNGARN

Das Hochschulgesetz von 2017, mit dem Ungarn die Central European University (CEU) veranlasste, aus Budapest nach Wien umzusiedeln, verstößt gegen EU-Recht. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Das Gesetz besagt, dass ausländische Universitäten auch in ihrem Heimatland lehren müssen und ihr Betrieb mit Ungarn vertraglich vereinbart sein muss. Die CEU ist vom US-amerikanischen Milliardär George Soros gegründet worden und erfüllte diese Auflagen als einzige Hochschule nicht. Sie startete 2019 mit den Lehrgängen, die amerikanische Diplome vergeben, ihren Umzug nach Wien.

FORSCHUNGSRAUM FÖRDERN

Die 16 Bundesländer wollen die Hochschulen stärker als bislang in den Mittelpunkt des Europäischen Forschungsraums (EFR) rücken. Wie aus einem Mitte September im Bundesrat verabschiedeten Forderungskatalog hervorgeht, sollen wissenschaftliche Projekte und Verbünde mit europäischem Mehrwert „angemessen“ gefördert werden. Dafür sei eine Aufstockung des EU-Rahmenprogramms Horizon Europe auf 120 Milliarden Euro notwendig. Zudem fordern sie, niederschwellige Förderformate für Personen und Institutionen vor Ort anzubieten. Auch müsse die Mobilität von Wissenschafts- und Verwaltungspersonal erhöht werden.

GREEN-DEAL-KONFERENZ

Der Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE) lädt vom 2. bis 4. November zur kostenfreien Teilnahme an der Jahrestagung „Forschung zum European Green Deal“ ein. Auf der Online-Konferenz präsentieren FVEE-Vortragende den Beitrag einzelner Technologien und aktueller Forschungsprojekte zur Energiewende in Europa.
www.fvee.de